

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 43 (1964)
Heft: 11

Artikel: Italien : Hält die Linke Mitte stand?
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337582>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

haupt wurden angebohrt, wir deckten unseren Erdölbedarf, wenn auch nicht vollkommen, so doch derart, daß auch die noch offene Lücke bald geschlossen sein wird, wir mechanisierten die Kohleförderung in den wichtigsten Bergbaugebieten vollkommen, wir bauten riesige Staudämme und machten die Wasserkräfte der Elektrifizierung zunutze, Millionen und aber Millionen Hektar wurden künstlich bewässert. Das alles aber ist nur ein Anfang, jedoch ein fortgeschrittener Anfang. Sollten wir uns nun darauf beschränken, trotz allen Leistungen, trotz allen gesetzten Zielen der industriellen Nutzung unserer gewaltigen Rohstoffvorkommen eine unterentwickelte Nation zu bleiben? Nein, wir entschlossen uns, nicht nur einen halben ‚Großen Sprung nach vorn‘ zu machen. Daher gingen wir auch an die Erschließung der im Atom ruhenden Urkräfte. Ihre Nutzung wird umfassend sein und die Waffentechnik nicht ausschließen. Ob also mit oder ohne Hosen, China wird eine Atommacht werden.»

ROLF REVENTLOW

Italien: Hält die Linke Mitte stand?

Man kann wahrlich nicht behaupten, daß in Rom die Zeit stillstehe. Während spanische Kirchenfürsten, begreiflicherweise, die von ihren Kollegen anderer Länder für nötig erachtete Toleranz ablehnen und das Konzil offenbar noch kein endgültiger Abschluß des Modernisierungsprozesses der kirchlichen Hierarchie sein wird, sind am gleichen Orte die heftigen Gruppenauseinandersetzungen in der italienischen Politik noch in vollem Zuge.

Die seinerzeit begonnene Politik der Linken Mitte wurde ursprünglich von Giuseppe Saragat heißt verfochten, von dem Christdemokraten Moro in seiner Partei durchgesetzt und dann zuerst von Amintore Fanfani zum erstenmal in die Tat umgesetzt. Damals allerdings bekam Fanfani lediglich die parlamentarische Unterstützung der Nenni-Sozialisten (PSI). Man wartete einen ganzen Sommer lang, als Fanfani sich nicht halten konnte und ein Übergangskabinett der Christdemokraten die Geschäfte führte, daß Nenni sich in seiner Partei auf dem Parteitag 1963 durchsetze. Seither regierte bereits die zweite Regierung Moro, nunmehr aber mit einem ganz anderen Problem belastet. Es geht um den Richtungsstreit innerhalb der Christdemokraten. Während bei den Sozialisten recht eindeutig um die Frage gestritten worden war, Linke Mitte oder nicht, sind die Verhältnisse bei den Christdemokraten seit ihrem letzten Parteitag Mitte September 1964 weit komplizierter. Amintore Fanfani, der vor zwei Jahren auf einer sozialdemokratischen Tagung als der Vertreter des Gedankens der Linken Mitte gefeiert worden war, trat unter der Regierung Moro plötzlich mit Einwänden auf den Plan. Er sprach von der

Bedingtheit dieser Politik und vereinigte in seiner recht persönlichen Gefolgschaft eine neue Parteifraktion unter dem Namen «Nuove Chronache». Natürlich ist das der Name eines Blättchens, das sozusagen seine Meinung vertritt. Über Richtung und Bedeutung der Gruppe Fanfani gibt es allerdings nicht wenig Rätselraten. Sicher war von Anbeginn, daß Fanfani es nicht gerne sah, nicht selbst Regierungschef zu sein. Nunmehr aber, seit Präsident Segni zwar bisher nicht zurückgetreten ist, aber aller Voraussicht nach sein Amt auch in Zukunft nicht mehr ausüben kann, ist es ebenso sicher, daß Fanfani Kandidat der Christdemokraten für das höchste Amt im Staate sein möchte.

Da man in italienischen Parteien, die Kommunisten ausgenommen, auf den Kongressen im Proporz ihre Nationalkomitees und diese wiederum nach Richtungen die eigentliche Parteileitung wählen, befindet sich die neu-bestimmte Parteileitung der Christdemokraten mit dem Vorsitzenden Rumor an der Spitze derzeit in einer keineswegs erfreulichen Minderheitsposition, die sich natürlich auf die Politik der Linken Mitte auswirkt. Auf dem christdemokratischen Parteitag im September wurde der Nationalrat streng proptionell aufgeteilt. Es erhielten dabei

die Richtung «Demokratische Verpflichtung» der sogenannten Moro-Dorotei	46,5 Prozent
die Richtung Fanfani	21,3 Prozent
die Richtung «Neue Kräfte»	20,7 Prozent
und der rechte Flügel «Volkszentrum»	11,5 Prozent

Die «Demokratische Verpflichtung» schillert in nicht immer eindeutig zu bestimmenden Farben, die «Neuen Kräfte» sind die eigentliche Parteilinke, die sich aber wieder in Unterströmungen aufgliedert, das «Volkszentrum» mit dem einstigen Innenminister Scelba an der Spitze ist aber jeder Zusammenarbeit mit der Linken spinnefeind. Und alle Abgrenzungen sind fließend. So passierte es kürzlich erst wieder, daß die Christdemokraten im Senat bei einer Regierungsvorlage über Steuern von sogenannten Freischärlern im Stich gelassen wurde und die Regierung daher in der Minderheit blieb. Sie folgte aber nicht dem alten Brauch, nun gleich zu demissionieren, da man damit nur dem vereinten Spiel der äußersten Rechten und der äußersten Linken Vorschub geleistet habe. Währenddem hatte der christdemokratische Nationalrat einen Lenkungsausschuß mit dem Vorsitzenden Rumor an der Spitze gewählt. Dieses kann sich zuverlässig nur auf die erstgenannten, in Fragen der Linken Mitte und ihrer stärkeren Betonung jedoch auch auf die Zustimmung der «Neuen Kräfte» verlassen. Aber verantwortlich in der Parteileitung sind nur die Vertreter der «Demokratischen Verpflichtung», also einer Minderheitsgruppe.

Waren es früher die Nenni-Sozialisten, die das Unsicherheitselement dieser

Regierungskoalition darstellten, sind es nunmehr die Christdemokraten. Dies hat nun die anderen Koalitionspartner auf den Plan gerufen, die eine gewisse Gefährdung der programmatischen Grundlagen der Koalition voraussehen. Sowohl Nenni wie Saragat erklärten recht unzweideutig, daß die Linke Mitte für sie nur einen Sinn habe, wenn sie eben einen Sinn habe. Angesichts der neu aufgetauchten Frage einer neuen Präsidentenwahl – durch Kammer und Senat – haben sich nun die drei nicht konfessionell gebundenen Parteien – man nennt sie, im Gegensatz zur Democrazia Christiana, die Democrazia Laïca – zusammengefunden und die Voraussetzungen besprochen, unter denen ihre Taktik und ihre Möglichkeiten in diesen Fragen und ihr Verhalten gegenüber der recht unklaren Ausrichtung der Christdemokraten gegeben sind.

Von allen Seiten wird gleichzeitig die Kommunistische Partei beobachtet. Es gab und es gibt wohl immer noch Optimisten, die schon eine Verwandlung in eine tatsächlich demokratische Partei voraussehen. Giuseppe Saragat hat das anders formuliert. Er sagte: «Die Kommunisten sind drauf und dran, den Wert der Freiheit zu entdecken. Das ist zweifelsohne nicht wenig. Nun aber wollen sie wieder die Bedeutung dieser Entdeckung einschränken, denn sie meinen natürlich nur die Freiheit im Einparteienstaat, also ein Widerspruch in sich. Doch immerhin, man hat sich dort auf den Weg gemacht, und das ist schon etwas.» Dementsprechend unterscheiden nun die Sozialdemokraten zwischen kommunistischen Wählern oder Mitläufern und dem kadermäßigen Aufbau der Organisation. Das entspricht der einfachen Überlegung, man muß die Masse der Kommunisten vom Wert der demokratischen Ordnung überzeugen, wenn man in Italien auf der Linken weiterkommen will.

Naturgemäß fehlen viele persönliche Mißhelligkeiten bei diesen vielseitigen Diskussionen nicht. So wird Saragat verdächtigt, er trete nunmehr kurz gegenüber den Kommunisten, weil er Präsidentschaftskandidat sein wolle und die Stimme der KPI brauche, so wie Fanfani die Stimmen der Monarchisten und Liberalen und natürlich des extrem rechten Flügels seiner Partei benötigen würde. Tatsächlich gehen die Meinungen bei Sozialisten und Sozialdemokraten sehr auseinander. Da gibt es die Auffassung, wählen wir doch den Fanfani, dann gibt es Ruhe in den Christdemokraten und mit ihnen. Andere zweifeln insbesondere, ob Fanfani ohne weiteres alle christdemokratischen Stimmen bekommt, und befürchten bei den nichtkonfessionellen Parteien Abstimmungsfreischärler, die das Gewicht der Präsidentenwahl dann wieder nach rechts verschieben würden. Von kommunistischer Seite wird einmal erklärt, die KP würde nie einen Kandidaten unterstützen, der aus christdemokratischen Reihen komme, zum andern lobt die «Unità», das Organ der KPI, die Haltung Fanfanis an der letzten Tagung des christdemokratischen Nationalrats, weil er Rumor als Vorsitzenden nicht, wie bislang, mit den Stimmen seiner Gruppe unterstützt hat. Ob und wie die kommunistischen Senatoren

und Abgeordneten bei der Präsidentenwahl stimmen werden, das ist noch keineswegs klar. Auf der Seite der Democrazia Laica, also der nichtkonfessionellen Koalitionsparteien, gibt es zweifelsfrei nur einen Präsidentschaftskandidaten, Giuseppe Saragat. Diese Situation gab es schon einmal, nämlich bei der vorigen Präsidentenwahl, als Saragat sich in unendlichen Wahlgängen den nichtkonfessionellen Parteien als Kandidat zur Verfügung stellte. Damals wurde schließlich Segni gewählt, natürlich mit den Stimmen der Rechten und der äußersten Rechten.

Auch auf der rechten Seite des Parlaments geht es ein wenig hin und her. Die von Covelli geführten Monarchisten, die im tiefen Süden und auf Sizilien Anhänger haben, wollten sich gerne mit den Liberalen vereinigen, genauer gesagt, die Liberalen für ihre etwas lungenschwache Partei vereinnahmen. Hierauf ging der liberale Führer Malagodi nicht ein. Die Monarchie ist in Italien, trotz Unterstützung der Neofaschisten in allen Zweifelsfällen, keine Fahne mehr, die Heerscharen anzuziehen vermöchte. Auch die meist humoristisch aufgenommenen Äußerungen des ehemaligen und in diesem Amt sehr kurzfristigen Königs Umberto II., die Volksabstimmung über die Staatsform sei nicht rechtsgültig, haben Malagodi wohl darin bestärkt, seine konservative Politik lieber unter republikanischer Fahne weiterzuführen.

In dieser nicht gerade sonderlich überschaubaren Lage, die einer energetischen Politik der Linken Mitte, wie sie zuvor von allen Seiten der beteiligten Parteien gewünscht worden war, wenig dienlich ist, rücken nun die Sozialisten und Sozialdemokraten zusammen. Es fanden Zusammenkünfte beider Parteispitzen statt, bei denen es schon zuging, als sei man eigentlich eine Partei. Zweck war vor allem, die Position beider Parteien bei den unmittelbar bevorstehenden Gemeindewahlen zu festigen. Es ist aber klar, daß danach die Frage der sozialistischen Wiedervereinigung aktuell wird. Auch hier allerdings fehlt es nicht an Umgruppierungen. Bei den Sozialdemokraten demissionierten drei Abgeordnete des Lenkungsausschusses, Pellicani, Averardi und Righetti. Sie kommen aus dem Kreis der enttäuschten Kommunisten. Wie meist in solchen Fällen sind sie auf frontalen Kampf gegen die KPI, gegen den Kommunismus und alles, was damit zusammenhängt, eingestellt. Saragats relativierenden Bemerkungen und ein Interview im gleichen Sinne, das er kürzlich der Wochenillustrierten «L'Espresso» gab, sagte ihnen nicht zu. An ihre Stelle traten drei Vertreter der sogenannten linken Gruppe der Sozialdemokraten (PSDI) mit dem derzeitigen Minister für Verwaltungsvereinfachung Luigi Preti und Margherita Barnabei an der Spitze. Diese Veränderung stärkt den Gedanken der sozialistischen Wiedervereinigung.

Bei den Nenni-Sozialisten ist zuvor schon die sogenannte Lombardigruppe aus dem Lenkungsausschuß ausgeschieden, nachdem Riccardo Lombardi als Chefredaktor des Zentralorgans der Partei «Avanti» zurückgetreten war. Das

bedeutet aber nicht, daß Lombardi sich ins Privatleben zurückgezogen habe. Er bleibt der alten maximalistischen Lösung treu, nur keine Regierungsverantwortung. In diesem Sinne ist er der Sprecher des parteitreuen linken Flügels der PSI geworden, der sich nach den Auseinandersetzungen um die Bildung der ersten Regierung Moro nicht der Splitterpartei PISUP (Sozialistische Partei der proletarischen Einheit) angeschlossen hatte. Wenn es – nach den Gemeindewahlen – zur Wiedervereinigung oder zumindest zu ernsten Gesprächen hierüber kommen sollte, wird Nenni zweifellos versuchen, die Mitglieder der Partei in höchstmöglichen Ausmaß in die vereinigte Partei einzubringen. Er rechnet, wohl kaum zu Unrecht, damit, daß bei Absplitterungen die Masse der Mitglieder meist dem gewohnten Parteigefüge treu bleibt. Allerdings kann hierüber nur ernsthaft gesprochen werden, wenn es gelingt, die Lage bei den Christdemokraten in dem einen oder andern Sinne zu klären. Sicher aber ist bereits, daß die beiden Parteien sich seit der Abspaltung der Sozialdemokraten auf Grund des damals vorherrschenden Einflusses der Kommunisten noch nie so gut zusammenfanden.

J. W. BRÜGEL

Neue Dokumente zum Fall Alter-Erlich

Als eine unmittelbare Auswirkung des polnischen Oktober des Jahres 1956 konnte es im Dezember dieses Jahres der polnische Schriftsteller Stefan Arski wagen, in einem Warschauer Blatt die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und den Fall der aus Polen stammenden jüdischen Sozialistenführer Viktor *Alter* und Henryk *Erlich* neu aufzurollen, die in Rußland nach einer Gerichtskomödie 1941 ermordet wurden. Arski hat damals die Rehabilitierung dieser zwei sozialdemokratischen Opfer des Stalinismus verlangt. In der langen Reihe kommunistischer Verbrechen bilden die Schüsse, die Alters und Erlichs Leben auslöschten, eines der düstersten Kapitel. Aber seit dieser vereinzelten Initiative wurde im kommunistischen Bereich Arskis wieder ein Mantel des Schweigens darüber gebreitet.

Alter und Erlich waren die Führer der jüdischen Arbeiterpartei «Bund» in Polen, die damals der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen war, so wie die heute über die ganze Welt zerstreute Organisation des «Bund» jetzt der Sozialistischen Internationale angehört. Das ganze Leben dieser beiden aufrechten Sozialisten galt dem Kampf um die Rechte des jüdischen Proletariats, dem Kampf um den Sozialismus. Als Hitler im Einvernehmen mit Stalin im September 1939 in Polen einfiel, suchten die beiden, die bis dahin in Warschau gelebt hatten, sich durch Flucht in das von den Sowjettruppen besetzte Gebiet zu retten. Sie waren keine Kommunisten und keine Mitläufer des Kommunismus, aber für sie war trotz allen